

CDU-Fraktion Simmerath



Bruno Löhner, Fraktionsvorsitzender

Stellungnahme zum Gemeinde-Haushalt 2011 **(Ratssitzung vom 25.01.2011)**

S.g. Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

auch für dieses Jahr hat der Bürgermeister dem Rat auf der Grundlage des Entwurfes des Kämmerers wieder einen fundierten und sorgfältig erarbeiteten Haushaltsentwurf vorgelegt, an dem aus Sicht der CDU-Fraktion nur wenig zu ändern ist. Herzlichen Dank hierfür und herzlichen Dank an die Herren Kreutz und Stollenwerk für die Erläuterungen zum Haushalt in mehreren Sitzungen der Fraktionen von CDU und FDP.

Die beiden Fraktionen haben sich gemeinsam umfassend und sehr eingehend mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf und der Finanzsituation der Gemeinde Simmerath auseinandergesetzt. Dabei sind wir angetreten mit dem Willen, einen vernünftigen Kompromiss zu finden zwischen der Notwendigkeit, bei der schlechten Finanzlage der Gemeinde zu sparen, und der Absicht, trotz dieser schlechten Finanzlage die positive Entwicklung der Gemeinde nicht zu bremsen.

Vor den ersten Beratungen kam allerdings zunächst ein Tiefschlag vom Land. Im Entwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz der Landesregierung, der kurz vor Weihnachten vorgelegt wurde, ist zwar der Gesamtansatz für die Schlüsselzuweisungen erhöht worden, die Verteilung der Mittel wird aber gegenüber den Vorjahren erheblich verändert. Nunmehr spielt die Sozialhilfeblastung der einzelnen Kommunen eine entscheidende Rolle. Nach dem neuen Schlüssel erhalten die Großstädte zu Lasten des ländlichen Raumes einen erheblich höheren Anteil. Dabei wird nicht berücksichtigt, dass vor allem im ländlichen und im kleinstädtischen Raum im Rahmen des Ehrenamtes mit tlw. erheblichen Erfolgen versucht wird, über Vereinsmitgliedschaften und -ausbildungen die Jugend zu verantwortlichem Handeln anzuhalten. Unsere Vereine gerade hier in Simmerath haben einen großen Anteil an der positiven Lebenshaltung des größten Teiles unserer Jugend und damit auch an einer im Vergleich zu den Großstädten niedrigeren Kostenbelastung der Gemeinde bei den Sozialhilfelasten. Mit dieser neuen Verteilung der Schlüsselzuweisungen werden wir für diese Anstrengungen noch bestraft.

Bei diesem Verteilungskampf zwischen ländlichem Raum und städtischen Gebieten haben sich offensichtlich bei der neuen rot-grünen Landesregierung die Landespolitiker aus den Großstädten durchgesetzt, also aus den Gebieten, aus denen auch ein Großteil der Wähler von SPD und GRÜNEN kommen. Ich nenne dies Klientelpolitik. Dabei muss man wissen, dass zusätzlich, wie bisher schon, die Einwohner der Städte bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungen bis zu 57 % mehr zählen als die Einwohner kleiner Gemeinden. Mit dem neuen Soziallastenansatz wird diese Veredlung der Stadtbewohner noch vervielfacht. Auch wir sehen ein, dass nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes unseres Landes an der Verteilung der Schlüsselzuweisungen Änderungen vorzunehmen sind, aber nach unserer Meinung kann dies nur im Zusammenhang mit einer umfassenden Kommu-

nalfinanzreform und nicht einseitig zu Lasten des ländlichen Raumes erfolgen. Nunmehr wird nur ein Mangel zu unseren Lasten umverteilt, ohne den Grund für den Mangel, den viel zu hohen Anteil der Kommunen bei der Verteilung der Sozialhilfelasten, wirksam zu beheben. Es kann doch nicht richtig sein, dass die Gemeinden z.B. 90 % der Kosten für Asylbewerber tragen müssen, einer Aufgabe nach dem Grundgesetz und somit eine Aufgabe des Bundes.

Aufgrund der nunmehr vorgesehene neuen Verteilung erhalten wir im Vergleich zum Vorjahr 1,5 Mio € weniger Schlüsselzuweisungen. Das vorher schon im Haushaltsentwurf vorgesehene Defizit von 3,5 Mio € erhöht sich damit weiter erheblich. In den nächsten Jahren soll dieses Minus bei den Schlüsselzuweisungen für unsere Gemeinde noch höher ausfallen. Eine solche Minderzuweisung kann die Gemeinde im Haushalt 2011, aber auch in den künftigen Jahren nicht verkraften, auch wenn wir versuchen, so viel wie nur möglich einzusparen.

Ich habe vorhin von einem notwendigen Kompromiss zwischen Sparen einerseits und Förderung einer positiven Entwicklung der Gemeinde andererseits gesprochen. Auf der Sparsseite sehen wir dabei vor allem viele Streichungen bzw. Reduzierungen von wünschenswerten Ausgaben durch den Kämmerer bereits bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfes. Der Kämmerer hat uns ja die entsprechende Liste vorgelegt. Ich verweise in diesem Zusammenhang beispielhaft auf die vorläufige Streichung und Verschiebung von Projekten wie die Neugestaltung des Rathausplatzes, den Bau des von den Wasserbehörden geforderten und sehr aufwändigen Rückhaltebeckens hier in Simmerath, der Anschaffung von Fahrzeugen für Feuerwehr und Bauhof und von Geräten für den Bauhof u.v.a.m. Ich glaube, dass auch unsere Bevölkerung einsehen wird, dass wir uns bei dieser Finanzlage nicht mehr alles Wünschenswerte erlauben können. Wir sind jedoch auch fest davon überzeugt, dass es trotz dieser Finanzlage erforderlich ist, wichtige Investitionen durchzuführen. Hier will ich beispielhaft die neue Mitte Woffelsbach –sowohl die Maßnahme „blue spot - hot spot“ als auch die Dorferneuerungsmaßnahme-, die umfassende Renovierung unserer Hauptschule mit erheblichen Aufwendungen zur Einsparung von Energie und vor allem den Neubau eines Hallenbades nennen.

Nach unserer Meinung müssen wir in der Gemeinde Simmerath ein Hallenbad vorhalten im Interesse unserer Kinder (Schwimmen als Schulsport), unserer Sportler in den Sportvereinen (vor allem die große Hansa-Schwimmabteilung), für unsere Feriengäste, aber auch im Interesse unserer ganzen Bevölkerung für das „normale“ Schwimmen in der Freizeit. Wir stehen zu den Überlegungen des Bürgermeisters, einen Teil der Bereitstellung der Mittel für das neue Hallenbad kurzfristig durch Umwandlung der bisherigen Grundstücke von Hallenbad, Turnhalle und Sportplatz hier in Simmerath in Bauland zu erwirtschaften und mit dem Bau des Hallenbades bereits in Kürze zu beginnen. Wir sind auch bereit, einen Anteil von ca. 400.000 € in der Zukunft für einen Sportplatz an neuen Stelle neben dem Hallenbad zu investieren. Wir erwarten aber auch für dieses Projekt eine engagierte Beteiligung des Simmerather Sportvereins an den Kosten.

Bei den hohen Belastungen der Gemeinde und dem Einbruch bei den Schlüsselzuweisungen soll ein Haushalt mit einem Defizit von 4,1 Mio. € im Ergebnishaushalt beschlossen werden. Hierbei ist es zwingend erforderlich, dass die Einnahmen der Gemeinde verbessert werden und dass daher die Gemeindesteuern erhöht werden müssen, nachdem wir bereits eine Hundesteuererhöhung und eine Erhöhung der Fremdenverkehrsabgabe beschlossen haben. Wir können zwar derzeit und bei der mittelfristigen Finanzplanung nicht erkennen, wann der Gemeinderat jemals wieder einen Haushalt mit positivem Abschluss beschließen kann, aber wir sollten alle Anstrengungen unternehmen, zumindest die gesetzlichen Grenzen einzuhalten, die vorgesehen sind, damit kein Haushaltssicherungskonzept bzw. kein Nothaushalt 2011 und in den folgenden drei Jahren erforderlich werden, damit wir hier in Simmerath handlungsfähig bleiben. Wir haben z.B. erst vor einigen Tagen erfahren, dass einigen Gemeinden im Kreis Euskirchen, die im Nothaushalt sind, keine Leaderprojekte mehr durchführen können, weil ihnen die hierzu erforderliche Eigenleistung nicht genehmigt wurde. Um einen Nothaushalt bzw. die Notwendigkeit zur

Aufstellung eines Haushaltsicherungskonzeptes zu verhindern, ist eine Einnahmeverbesserung um ca. 450.000 € zwingend erforderlich. Wir beantragen daher, die Grundsteuer A von 290 auf 300 %-Punkte, die Grundsteuer B von 391 auf 450 %-Punkte und die Gewerbesteuer von 413 auf 420 %-Punkte anzuheben. Bei dieser vorgeschlagenen Anhebung der Gemeindesteuern ist zwar die Grundsteuer B mit 15 %, und damit die Eigenheimbesitzer am meisten betroffen, wir wollen aber diese Steuerzahler nicht allein von dieser erforderlichen Einnahmeerhöhung belasten, daher beantragen wir auch eine mäßige Erhöhung der Gewerbesteuer (1,7 %) und der Grundsteuer A (2,6 %). Die Erhöhung der Grundsteuer B wird für ein normales Einfamilienhaus ca. 30 bis 80 € jährlich ausmachen. Ich möchte dabei betonen, dass dies eine für unsere Bürger schmerzliche Erhöhung ist, dass diese Steuererhöhung für uns aber auch auf absehbare Zeit die letzte sein soll und dass wir die bei der Einbringung der Haushaltes im Rat von der Verwaltung für 2014 vorsorglich vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer B auf 480 %-Punkte nicht mittragen werden, zumal die Gemeinde nach dem jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf das Ziel, 2014 das Defizit unter 5% des Eigenkapitals zu halten, auch ohne diese Steuererhöhung erreichen kann.

Wir hätten gerne der im Haupt-Ausschuß von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Steuererhöhung der Grundsteuer B auf nur 420 %-Punkte zugestimmt, aber mit dieser Erhöhung hätten wir das vorgenannte Ziel nicht erreicht, diese Erhöhung würde uns also nichts nützen. Die von uns vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer B geht um 7 % weiter als der SPD-Vorschlag, also bei einem normalen Einfamilienhaus 15 bis 40 € jährlich. Dieser Mehrbetrag ist zwar nicht zu vernachlässigen, ist aber doch nicht so hoch, dass er von unseren Mitbürgern Unmögliches verlangt. Betonen möchte ich, dass wir es uns in keinem Falle erlauben können und auch nicht wollen, nach dem im Hauptausschuss vorgetragenen Motto der UWG „Wir werden keinen Steuererhöhung zustimmen“ zu handeln und dabei die heutigen Finanzprobleme ganz auf künftige Generationen abzuwälzen. Betonen möchten wir auch, dass wir die Äußerung von Herrn Brust im Hauptausschuss in diesem Zusammenhang, dass das Leben in Simmerath dann nicht mehr zu bezahlen sei, für maßlos übertrieben halten und dass wir nach wie vor auch nach der vorgeschlagenen Steuererhöhung Simmerath für einen Ort mit hoher Lebensqualität halten.

In diesem Zusammenhang möchten wir betonen, dass wir auch in Zukunft trotz der schlechten Haushaltslage eine Weiterentwicklung der Gemeinde befürworten werden, zumal wir glauben, dass nach 2012, also nach Fertigstellung der Schwimmhalle, große Investitionen wie derzeit Sanierung der Hauptschule, Neue Mitte Woffelsbach und Schwimmbadneubau nicht mehr anstehen, allerdings auch nicht zu bezahlen sind. Wir werden aber auch nicht die Investition zur naturkundlichen Bildungsstätte, wie die SPD-Fraktion, infrage stellen, wenn wir entsprechende Zuschüsse hierzu erhalten können. Wir wollen diese Maßnahme weiterhin im Haushalt für 2011 und für 2012 und 2013 vorsehen. Wir werden auch die Anfinanzierung von 3000 € für die Vorplanung einer Mensa an der Grundschule Simmerath nicht streichen und auch den Bau des Kreisverkehrs im Gewerbegebiet Simmerath (In der Bremen / Humboldtstraße) nicht weiter verschieben. Die Notwendigkeit für den Kreisverkehr ist mehrfach dargelegt, er ist sowohl zur Verkehrssicherheit wie auch zur Verkehrsleichtigkeit im Gewerbegebiet dringend erforderlich. Der Bau der naturkundlichen Bildungsstätte neben dem Bauernmuseum in Lammersdorf ist eine für das Image der Gemeinde und als Angebot für Touristen notwendige Investition. Sie wird direkt am RAVEL-Radweg ein Touristen-highlight in der Gemeinde werden. Diese Investition soll aus unserer Sicht allerdings nur bei entsprechender Zuschussgewährung und nach Beratung im entsprechenden Fachausschuss begonnen werden. Der Vorbehalt des Votums des Fachausschusses gilt auch für die Errichtung der Mensa an der Grundschule Simmerath. Das Erfordernis und die Kosten dieser Maßnahme sollen erst anhand der Vorplanung geklärt werden, wenn die langfristige Belegung des Hauptschulgebäudes sichergestellt ist.

Ich beantrage hiermit für die CDU-Fraktion, dem Haushalt 2011 in der nun als Vorlage für die heutige Ratssitzung vorliegenden Fassung zu beschließen. In dieser Fassung sind die Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP aus der Haupt- und Finanzaus-

schusssitzung und einige Anträge der SPD-Fraktion berücksichtigt, die ebenfalls in der Haupt- und Finanzausschusssitzung beantragt wurden und die wir mittragen werden. Die CDU-Fraktion fordert die Fraktionen von SPD, UWG und GRÜNE auf, dem Haushalt ebenfalls zuzustimmen. Uns ist klar, dass es für diese Fraktionen aus taktischen Gründen nicht ratsam ist, mit dem Haushalt auch den vorgeschlagenen Steuererhöhungen zuzustimmen, wir hoffen aber, dass hier nicht wahltaktische Überlegungen den Ausschlag geben, sondern dass die Erkenntnis, was für die Gemeinde und ihre Bewohner erforderlich ist, das Abstimmungsverhalten bestimmen wird. Ich möchte aber auch hier die Gelegenheit nutzen, der FDP-Fraktion für die hervorragende, problemlose und am Wohl der Gemeinde orientierte Zusammenarbeit seit der letzten Wahl vor anderthalb Jahren herzlich zu danken.

Abschließend möchte ich noch kurz ein Thema aufgreifen, das nur mittelbar Einfluss auf den Haushalt hat. Mit dem vorgenannten Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes der rot-grünen Landesregierung soll auch die Abwasserbeihilfe für die Gemeinden mit überdurchschnittlich hohen Abwassergebühren um ein Drittel in 2011 und ein weiteres Drittel in 2012 reduziert werden. Dies ist ein weiterer Schlag dieser Landesregierung gegen einen Großteil des ländlichen Raumes in NRW. Da wir hier in Simmerath die Gebühren für 2011 bereits beschlossen haben und dabei die alte Abwasserbeihilfe des Landes wieder eingeplant hatten, wird die Absicht der Landesregierung, wenn sie denn im Landtag beschlossen wird, auf die Gebühr 2011 keinen Einfluss haben. Dafür wird bei der Gebühr für 2012 die weitere Absenkung der Beihilfe in 2012 und nachträglich die Absenkung in 2011 zu berücksichtigen sein, was zu einer Erhöhung der Abwassergebühr um ungefähr 70 Cent/m³ führen kann. Dies würde unsere Bemühungen um eine Senkung dieser viel zu hohen Gebühren torpedieren und unsere Bürger als Gebührenzahler zusätzlich erheblich treffen. Diese Senkung der Abwasserbeihilfe durch das Land ist aber auch deshalb völlig unverständlich, weil die Landesregierung im gleichen Gesetzentwurf beim Soziallastenansatz sagt, dass die Schlüsselzuweisungen für die Großstädte wegen der im Verhältnis zu dem ländlichen Bereich höheren Soziallasten erhöht werden müssten. Warum werden dann die Beihilfen für die Gemeinden mit zu hohen Abwassergebühren so stark zurückgefahren? Sind wir keine Solidarität der anderen wert? Ich appelliere hiermit an den Landtag, die vorgeschlagenen erheblichen Streichungen der Schlüsselzuweisungen weder bei den Schlüsselzuweisungen noch bei der Abwasserhilfe zu beschließen. Ich appelliere auch an die Kollegen von SPD und GRÜNE, in ihren Parteistrukturen ihre Landtagsabgeordneten auf die Probleme in Simmerath aufmerksam zu machen und sie zu veranlassen, diesen Senkungen der Landeszuwendungen nicht zuzustimmen. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch meine Verwunderung zum Ausdruck bringen, dass man in den letzten Wochen keine Äußerung des selbsternannten Bürgerbündnisses zu dieser Absicht der Landesregierung vernehmen konnte. Als im vergangenen Jahr die CDU/FDP-Landesregierung diese Abwasserhilfe landesweit um 2 Mio € erhöht hat, wurde lauthals proklamiert, dass dies viel zu wenig sei. Wieso wird jetzt, da landesweit 4 Mio € gestrichen werden sollen, kein Protest angekündigt? Liegt das etwa daran, dass man nur CDU-geführte Landesregierungen kritisieren will? Ich frage mich, wo ist dort die oft betonte parteipolitische Neutralität?

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.